

vor allem in den Bereichen Energie, Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt, Landwirtschaft, Kommunikation und Hochtechnologie.

Beide Seiten wollten auch weiterhin strikt am Abkommen vom 3. September 1994 festhalten, indem sie das Versprechen abgegeben haben, sich gegenseitig nicht mit strategischen Waffen zu bedrohen und nicht als erster Atomwaffen gegen den anderen einzusetzen. Der Vertrauensbildung im militärischen Bereich diene auch die Reduzierung der Streitkräfte in den Grenzgebieten sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Militärtechnologie, die sich in keinem Fall gegen irgendein Drittland richte. Diese Kooperation müsse deshalb transparent gestaltet werden.

Was Punkt 2, nämlich den internationalen Frieden und die Entwicklung anbelange, so sei überall der Trend zu einer multipolaren Welt spürbar. Trotzdem gebe es immer noch Ansätze zu Hegemonismus, Machtpolitik und zur Ausübung von Druck auf andere Länder sowie Ansätze zu einer neuen Blockpolitik. Beide Seiten müßten sich solchen Tendenzen widersetzen.

Beide Seiten unterstrichen ferner ihre Bereitschaft zu aktiven Gesprächen über Fragen der strategischen Stabilität, der Abrüstung und des Abbaus von Nuklearwaffen. Beide befürworteten noch entschiedenere Maßnahmen gegen ABC-Waffen. Hierbei komme der UNO ein überragender Stellenwert zu. Friedenserhaltende Aktionen auf der Basis der UNO-Charta müßten den Prinzipien der Unparteilichkeit, der Neutralität und der Nichteinmischung gehorchen. Bei der Durchführung friedenserhaltender Aktionen dürfe es keine "zwei Standards" geben. Beide Seiten träten für die Gründung einer neuen internationalen wirtschaftlichen Ordnung auf der Basis einer fairen und allen Seiten nützlichen Kooperation ein. Beide Seiten wendeten sich entschieden gegen den Terrorismus und wollten bei der Sicherung der Weltschifffahrt zusammenarbeiten. Kooperation solle auch bei der Ozeanographie, der Meteorologie, der Seismologie, der Katastropheneindämmung, bei Schiffsrettungsoperationen und nicht zuletzt beim Umweltschutz stattfinden.

Drittens seien beide Seiten entschlossen, über bilaterale und regionale Kontakte mit den Ländern der asiatisch-pazifischen Region Sicherheitsarrangements zu treffen. China wolle die Aufnahme Rußlands in die APEC unterstützen. (XNA, 26.4.96)

Das Fünf-Länder-Abkommen zwischen Rußland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan, das am 26. April in Shanghai unterzeichnet wurde, wurde von allen Seiten als ein "politisch-militärisches Dokument" bezeichnet, mit dem sich die Beteiligten der asiatisch-pazifischen Region zuwendeten und dem deshalb wahrhaft historische Bedeutung zukomme. (XNA, 27.4.96) China teile mit seinen vier Nachbarstaaten eine Grenze von über 7.000 km und hoffe, daß in diesem Bereich künftig alle auch nur von ferne auftauchenden Konflikte sofort durch friedliche Konsultationen entschärft werden könnten.

Der Begriff "strategische Partnerschaft" ist wohl eher als Bekundung zur umfassenden Zusammenarbeit, als im militärischen Sinne zu verstehen. Bei einer militärischen Auslegung müßte man so gleich fragen, *gegen* wen sich das Bündnis richten solle, etwa gegen die USA, mit der man ja doch gerade im Rahmen der APEC künftig enger kooperieren will!?

Ferner dürfte es wohl eher um eine Minimierung von bilateralen Risiken als um eine Maximierung der Zusammenarbeit gegangen sein. Anders als in den frühen 50er Jahren betrachten sich beide Seiten ja nicht mehr als Schicksalspartner; vielmehr sind für sie andere Mächte weitaus wichtiger, vor allem soweit es um wirtschaftliche und technologische Kooperation geht. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

\*(2)

### Unruhe in der Armee: Disziplinierungsappelle und Verschwörungsgerechte

Die *Zeitung der Volksbefreiungsarmee (Jiefangjun Bao)* ist in den letzten Monaten zu einem politisch brisanten Medium in der Volksrepublik China geworden: In zahlreichen Artikeln wird nicht nur eine verstärkte Modernisierung der chinesischen Streitkräfte (insbesondere der Luftwaffe) gefordert und der militärtechnologische Rückstand beklagt. (JFJB, 7.4.96; SCMP, 8.4.96) Die Armeezeitung vertritt zugleich einen offensiven Nationalismus mit antiwestlicher Stoßrichtung und ein striktes Festhalten an sozialistischem System und marxistisch-leninistischer Ideologie.

So wurde etwa in einer Artikelserie von Anfang April an die westliche parlamentarische Demokratie als Instrument kapitalistischer Ausbeutung und als ineffizientes System endloser "Diskussionen ohne Entscheidungen" heftig attackiert (der jüngste amerikanische Budgetstreit wurde als Beispiel aufgeführt). Mitte April ging die Armeezeitung noch weiter, indem sie nicht näher konkretisierte Kräfte in Partei, Staat und Gesellschaft Chinas dafür kritisierte, eine "totale Verwestlichung" und eine Übernahme des kapitalistischen Systems zu unterstützen. (JFJB, 15.4.96)

Die Zeitungsbeiträge sind Teil einer inermilitärischen Kampagne, die auf die ideologisch-politische Disziplinierung unter hochrangigen Offizieren in Volksbefreiungsarmee und Bewaffneter Volkspolizei gerichtet ist. Die Vorstöße der in den letzten Jahren politisch nur selten hervorgetretenen Armeezeitung dürften auch mit einem Redaktionsbesuch des KP-Generalsekretärs und Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin zusammenhängen, der im März zu besonderen Anstrengungen im Kampf um die politisch-ideologische Reinheit in der Armee aufgerufen hatte.

Mangelnde ideologische Linientreue und politische Loyalität der Armee stellen in den Augen der Beijinger Parteizentrale offenkundig ein Problem dar. Nur selten sind bisher allerdings offene Widerstandsakte innerhalb des Militärs gegen die politische Autorität der Kommunistischen Partei bekannt geworden. Im April verbreitete die in Hongkong erscheinende Zeitung *Eastern Express* Nachrichten über eine inermilitärische verschwörerische Gruppierung, die in den letzten Monaten in der VR China zerschlagen worden sein soll: Wegen Mitgliedschaft in einer "konterrevolutionären", also auf den Sturz der kommunistischen Regierung gerichteten Organisation namens "Machtbund zur Volksbefreiung" seien im März 39 Offiziere der Volksbefreiungsarmee hingerichtet, 41 weitere zu lebenslanger Haft verurteilt worden. (SZ, 19.4.96; FAZ, 20.4.96) Über die politischen Absichten der Oppositionsgruppe, die offenbar auch Waffen horstete, machte die Hongkonger Zeitung keine näheren Angaben. Die Authentizität der Hongkonger Meldung ist bislang nicht durch andere Quellen bestätigt worden.

Ob authentisch oder nicht: in der Armee, insbesondere unter den mittleren Offiziersrängen, scheint es zu gären.

Das machen allein schon die offiziellen Disziplinierungsaufforderungen und die Ideologiekampagne in der Armeezeitung deutlich: Der Kampf der Partei um die politische Loyalität des Offizierskorps wird offenkundig schwieriger. -hei-

\*(3)

### **Administrative Kontrolle und Steuerung der Migrationsströme**

Nach Angaben der "Rechtsordnungszeitung" (*Fazhi Ribao*, 16.4.96; *Xinhua*, 17.4.96) haben die seit dem letzten Jahr verstärkt vorangetriebenen Maßnahmen zur Steuerung der Binnenmigration zumindest in einigen Regionen Erfolge gezeitigt. In Beijing, Shanghai, Zhejiang und Hubei, wo die Regulierung der Migrantenströme besonders konsequent betrieben wurde, habe man den unkontrollierten Zustrom ländlicher Arbeitssuchender eindämmen können.

Im Juli 1995 war eine nationale Konferenz zu Fragen der Binnenmigration (C.a., 1995/7) abgehalten worden. Damals gaben Regierungsstellen an, daß sich rund 80 Mio. Chinesen auf Wanderschaft befänden, von denen 44 Mio. von den Polizeiorganen erfaßt und mit befristeter Aufenthaltserlaubnis registriert seien. Koordiniert durch die ZK-Kommission für die umfassende Regelung der gesellschaftlichen Sicherheit haben nun das Ministerium für Öffentliche Sicherheit und das Arbeitsministerium konkrete Maßnahmen zu Steuerung der Wanderungsströme ausgearbeitet.

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hat allgemeine Bestimmungen über Aufenthaltsgenehmigung und Wohnsitzregistrierung ländlicher Arbeitssuchender in städtischen Gebieten erlassen. Darüber hinaus arbeiteten die Polizeibehörden in der überwiegenden Zahl der Provinzen detaillierte Vorschriften aus, die besonderen regionalen Bedingungen Rechnung tragen sollen. Städtische Nachbarschaftskomitees sind in die Aufsicht über die Wanderarbeiter verstärkt einbezogen worden. Illegale Wohnstätten und sonstige Aufenthaltsorte von Migranten wurden zum Ziel wiederholter Polizeirazzien und -kontrollen.

Den Migranten wird ein Großteil der in städtischen Ballungsräumen begangenen Straftaten angelastet. Allein 1995 sind knapp 650.000 der 44 Mio. registrierten Zuwanderer von der Polizei wegen Rechtsbrüchen aufgegriffen worden.

(CD, 4.4.95) Die Polizeibehörden streben an, ein landesweit einheitliches, computergestütztes System zur möglichst lückenlosen Registrierung der Migranten zu errichten.

Das Arbeitsministerium hat sich zur Aufgabe gestellt, durch eine verstärkte Beobachtung und Regulierung der Arbeitsmärkte in den ländlichen Abwanderungsgebieten wie auch in den städtischen Zielregionen die Wanderungsströme zu steuern. Dazu soll der Aufbau eines landesweiten Informationsnetzes über die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Regionen dienen. Besondere Anforderungen an das Beschäftigungssystem stellen in diesem Zusammenhang die etwa 30 Millionen Migranten, die über die Grenzen ihrer Heimatprovinz hinweg abwandern. (XNA, 11.4.96)

Nach kürzlich erlassenen Bestimmungen des Arbeitsministeriums wird künftig jeder Migrationswillige nicht nur eine Abwanderungserlaubnis der Behörden an seinem Heimatort, sondern auch eine Zuwanderungsgenehmigung durch die Behörden am Zielort benötigen. Von der Arbeitsuche in den städtischen Ballungsräumen, die sowieso schon durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind (etwa im Nordosten), sollen die Migranten dadurch künftig abgehalten werden. Um ländliche Arbeitssuchende zum Bleiben in ihrer Heimatregion zu bewegen, sollen die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Flächen und die Entwicklung der ländlichen Industrie gezielt gefördert werden. -hei-

\*(4)

### **Kampagne zur Verbrechensbekämpfung - Wachsende Drogenkriminalität**

Die Beijinger Parteiführung und die ZK-Kommission für Politik und Recht haben Ende April eine groß angelegte Kampagne zur Bekämpfung der Schwerkriminalität eingeleitet. Durch Polizeimaßnahmen und drakonische Strafungen soll der Anstieg insbesondere der Gewalt- und Drogenkriminalität bekämpft werden. Dies entspreche Forderungen aus der breiten Öffentlichkeit und werde dazu dienen, ein besseres Umfeld für die Umsetzung des Modernisierungsprogramms in den nächsten 15 Jahren zu schaffen. (RMRB, 29.4.96)

Im Rahmen der Kampagne wird ein "Verantwortlichkeitssystem" angewandt, das im chinesischen Regierungs-

system eine wachsende Bedeutung gewinnt: Die Spitzenfunktionäre der Partei- und Regierungsorgane in Provinzen und Kreisen sind persönlich dafür verantwortlich, die Kriminalitätsbekämpfung in ihrem Amtsbereich voranzubringen. Beijing erklärt die Kampagne damit zur "Chefsache" auf allen Ebenen des Regierungssystems. Den Spitzenfunktionären auf den verschiedenen Verwaltungsebenen werden damit weitreichende Vollmachten zur Verbrechensbekämpfung eingeräumt. Auch soll Beijing auf das alte stalinistische Mittel der Verteilung von "Fallquoten" für die Aufdeckung von Schwerkriminalität zurückgegriffen haben. (SCMP, 21.4.96)

Die Zunahme der Drogenkriminalität bereitet Beijing wachsendes Kopfzerbrechen. Zwischen 1991 und 1995 sollen 46.000 Drogendealer verhaftet und mehr als 7.300 von ihnen zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt worden sein. Allein 1995 sind knapp 13.000 Personen wegen Drogenhandels verhaftet worden; 2.032 wurden zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt. Ende 1995 waren 520.000 Drogenabhängige offiziell registriert; eine Zunahme von 37% gegenüber der offiziellen Angabe für 1994. Inoffizielle Schätzungen gehen davon aus, daß es in China inzwischen mehr als eine Million Drogensüchtige gibt, die meist Heroin und nicht mehr das traditionelle Opium konsumieren. (SCMP, 13.4.96) -hei-

---



---

## **Kultur und Gesellschaft**

---



---

\*(5)

### **Zehn Jahre High-Tech-F&E-Plan**

Anfang April 1996 wurde das zehnjährige Bestehen des Wissenschaftsplans für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Hochtechnologie, des sog. "Plans 863", gefeiert. Zusammen mit dem sog. "Gipfelerklimmungsplan", der 1992 zur Förderung wichtiger Schlüsselprojekte der Grundlagenforschung eingerichtet wurde (vgl. C.a., 1993/2, Ü 12), gehört der "Plan 863" zu den ehrgeizigsten Forschungsplänen der VR China. Er wurde im März 1986 mit Unterstützung Deng Xiaopings durch Partei und Regierung etabliert. Ziel des Plans ist es, die High-Tech-Forschung voranzutreiben, um auf wichtigen Gebieten der High-